

# Prins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 16

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementpreis 3 M. pro Quartal.  
Redaktion und Redakteure: Hamburg 25,  
Luisenstrasse 1, Telefon 6246.

Hamburg, den 17. April 1920

Anzeigen richten die seitens gesetzte  
Anzeigentelle oder deren Raum 1,50 M.  
(Der Betrag ist fests vorher einzuhängen.)  
Verbandsanzeigen richten 50 M. die Zeile.

34. Jahrg.

## ♦ ♦ ♦ Die Reihen sind geschlossen. ♦ ♦ ♦ Auf zu weiterer Tätigkeit in ernster Zeit!

Ungeachtet der großen Schwierigkeiten, die im Vorjahr die ungünstigen Verhältnisse im Malergewerbe und der allgemeinen Volkswirtschaft uns entgegenstellten, wirkten viele tüchtige Kollegen für den Wiederaufbau und für die innere Erstärkung unserer Organisation. Trotz der furchtbaren Kriegsfolgen, die allein die Schuld an all den schlimmen wirtschaftlichen und sozialen Zuständen tragen, unter denen wir nun leben, setzten sie alles daran, um überall unsern Verband auf seine frühltere Höhe zu bringen.

Dieses dankenswerte Bemühen war von Erfolg gekrönt.

Zum Schlusse des Jahres 1919 konnten wir bereits wieder 49 611 Mitglieder mustern gegen 20 417 Ende 1918 und 7229 Ende 1917.

Mit der Mitgliederzahl von 49 611 haben wir den Stand vor dem Kriege — 47 230 am 1. Juli 1914 — bereits überschritten. Gegenwärtig sind schon mehr als 50 000 Berufsgenossen in unserm Verband vereinigt, bereit zu weiterer unermüdlicher Arbeit, zum Nutzen aller Kollegen und der allgemeinen Arbeiterbewegung.

Jetzt, mit dem Anbruch des Frühjahrs und dem Aufleben unserer Geschäftstätigkeit, muß es gelingen, an allen Orten erheblich über den Friedensstand hinauszukommen, allen gegnerischen Machenschaften zum Trotz.

Aber auch die Kassenverhältnisse unseres Verbandes sind günstiger, als wir im vorigen Jahre noch erwarten durften. Einer Einnahme von 2 414 841 M. im Jahre 1919 steht eine Ausgabe von 1 567 579 M. gegenüber, also eine Zunahme unseres Verbandsvermögens im letzten Jahr um 847 262 M. Zusammen mit dem bisherigen Kassenbestand in Höhe von 825 805 M. ergibt dies ein Gesamtvermögen von 1 673 067 M.

Wir wandten auf im letzten Jahr allein für wirtschaftliche Kämpfe 159 758 M., für Arbeitslosenunterstützung 129 205 M., für Kranken- und Sterbeunterstützung 149 555 M. und für anderes mehr.

Die Entwertung des Geldes und die ganz bedeutend gestiegenen Ansprüche an unsere Verbandsfinanzen durch die höhere Mitgliederzahl und das berechtigte Verlangen der Kollegen nach erhöhten Unterstützungsächsen, die Gefahr vermehrter Arbeitslosigkeit und die durch den Krieg und seine Folgen gesteigerten Krankheitsziffern machen eine weitausgreifende Beitrags- und Unterstützungsreform dringend nötig. Dem haben unsere Kollegen in den letzten Tagen und Wochen mit erfreulicher Einmütigkeit zugestimmt. Wir zweifeln nicht, daß der erhöhte Beitrag von allen Kollegen gern geleistet wird; denn höher als einige Groschen wöchentlicher Ersparnis steht das Bewußtsein, daß nunmehr die Streikunterstützung um mehr als 150 % erhöht — seit vor dem 1. Oktober 1919 mehr als verdreifacht — und die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ungefähr verdoppelt wird.

Unsere wieder neuausgebaute, nach innen gefestigte und von dem Geiste der neuen Zeit durchwehte Organisation wird aber auch im Kampfe um bessere soziale Verhältnisse, angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen, um wesentlich verbesserten Arbeitsertrag und den Fortschritt der Sozialgesetzgebung weit mehr leisten als bisher.

So stehen wir vor neuen allgemeinen Verhandlungen um eine neue Lohn-erhöhung und zurzeit inmitten der örtlichen Verhandlungen zur endgültigen Feststellung der nach dem kürzlich abgeschlossenen Reichstarifvertrag örtlich zu regelnden Bedingungen über Arbeitszeit, Entschädigung bei auswärtigen Arbeiten usw.

Von unseren Kollegen in Lackierereien und Industriebetrieben stehen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen bald hier, bald dort fortgesetzt Hunderte in Tarifverhandlungen oder im Lohnkampf.

Das Unternehmertum verpaßt keine Gelegenheit, um seinen Hass gegen die besondere Errungenschaft der Revolution, gegen den Achtstundentag, zu bekunden und diesen durch eine Verschlechterung der bestehenden Verordnung darüber besonders den Arbeitern des Malergewerbes wieder zu nehmen. Gegen dieses Gebaren gilt es, auf dem Posten zu sein.

Groß sind die Gefahren, die unsere Kollegen durch die Verwendung giftiger Farben, besonders infolge der vermehrten Verarbeitung von allerlei Farben, vor allem für Terpentindö, bedrohen. Hiergegen und gegen die andern zahlreichen Gesundheitsschädigungen unserer Berufangehörigen sind wir gerade gegenwärtig durch ganz besondere Maßnahmen bemüht, die maßgebenden Behörden zu beeinflussen.

Eine dankbare, allerdings aber auch schwierige Aufgabe liegt vor uns ausgedehnt auf dem Gebiete der Heranziehung und Ausbildung unseres gewerblichen Nachwuchses. Unser Jugendorgan, der „Maler-Lehrling“, soll hierbei mit behilflich sein; das Schwerpunkt dieser Tätigkeit liegt in den Jugendabteilungen unserer Filialen.

Eine wichtige Frage, an der wir nicht teilnahmslos vorübergehen dürfen, ist die der Durchgestaltung unseres Berufes, der künftig gewerblichen Ausgestaltung seiner Erzeugnisse, der sachgemäßen Förderung und Reformierung des Fachschulwesens und der Schaffung einer allen Ansprüchen genügenden Fachpresse.

Die große Frage der Sozialisierung ist zwar für unser Gewerbe nicht ohne weiteres spruchreif, aber zusammen mit den Sozialisierungsbestrebungen im Baugewerbe gewinnt sie dennoch auch hier immer größere Bedeutung.

Der Erlass des Betriebsrätegesetzes muß unsere Kollegen anspornen, dessen Vorteile im vollen Maße auszunutzen. Der Einfluß der Arbeiterschaft im Betriebe muß ebenso erstarcken wie im Staatswesen, in der Gesetzgebung und in den öffentlichen Verwaltungen; wir wollen im Produktionsprozeß kein totes Glied, sondern ein mitbestimmender Faktor sein, ohne dessen innige Teilnahme jener nicht vorwärtsgehen kann.

Auf diesem Wege ist auch die Sozialisierung unseres Gewerbes durchzuführen, nicht durch einen Gesetzesakt oder durch eine tarifliche Vereinbarung.

Riesengroß turmen sich die Probleme und unmittelbaren Aufgaben vor uns allen auf, die durch den Krieg vorwärtsgetrieben, durch die große Umwälzung unseres Staatswesens und unserer Wirtschaftserfassung plötzlich hervorgetreten sind. Ihre Lösung nicht in Angiff zu nehmen, würde bedeuten, daß wir das Gebot der Stunde nicht erfassen, daß wir uns selbst ausschalten, wo die Früchte Jahrzehntelangen Wirkens reisen, und daß wir zurückgestoßen würden in die glücklich überwundenen Zeiten der Unkultur und des sozialen Rückschritts.

Dies zu verhindern erachte jeder Kollege als seine höchste Pflicht!

Dunkel liegt die Zukunft unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse noch vor uns. Lang wird der Weg sein, der uns aus dem trostlosen Zustand herausführt, in den uns die slachbeladene Politik der im Novembersturm von 1918 hinweggesetzten Herrscherklasse gestürzt hat. Die entschlossene Abwehr, die der verbrecherische Putsch der Rapp und Genossen zur Wiederaufrichtung der zusammengebrochenen Reaktion durch die Organisationen der Arbeiterschaft gefunden hat, zeigt, was diese vermögen, wenn sie, auf alles gerüstet, einig zusammenstehen.

Darum hinein in unsern Verband und Hand angelegt, damit die ihm noch fernstehenden herangezogen werden. Arbeitet alle an den gewaltigen Aufgaben der neuen Zeit!

Der Verbandsvorstand.

# Kollegen! Nehmt tätigen Anteil an der Agitations- und Organisationsarbeit! Stärkt die Reihen! Werbt neue Mitglieder!

## Die Macht der Arbeiter liegt in der geschlossenen Organisation. ♦ ♦ ♦ ♦

### Tagung des Haupttarifamtes. Neue Lohnverhandlungen festgesetzt.

Am 9. dieses Monats trat das Haupttarifamt — erstmals unter dem neuen Reichstarifvertrag — zusammen, um unter Vorsitz des Regierungsrats Bühlert über eine Reihe von Lohndifferenzen zu verhandeln. Diese waren in der Hauptsoche entstanden, weil man sich in den in Betracht kommenden Orten über die von uns geforderten besonderen Lohnausgleiche nicht einigen konnte. Danach mußte das in Absatz 8 des letzten zentralen Lohnabkommen vorgeschriebene Verfahren angewandt werden. Wir berichten über die Verhandlungen im nächsten „Vereins-Anzeiger“ eingehender und drucken die gesetzten Entscheidungen, auch in einigen andern Angelegenheiten, dann ab. Zunächst nur soviel, daß nunmehr der Lohn beträgt: in Breslau vom 18. Februar an 8,80 M., vom 1. Mai an 8,70 M., in Ulm vom 1. April an 8,70 M., in Hannover vom 1. April an 8,80 M., in Schleswig 8,80 M., in Celle 8,80 M., in Güstrow 8,80 M., in Amberg 8 M., in Ansbach 2,80 M., in Feldafing 8,10 M., in Rüssingen 8,15, in Würzburg 8,90 M., in Starnberg 3,15 M., in Schwabach 8 M. und in Bad Tölz 3,15 M.

Im Anschluß an die Verhandlungen des Tarifamts kam es unter den anwesenden Organisationsvertretern zu einer Aussprache über einen von unserm Verbandsvorstand gestellten Antrag auf neue Verhandlungen über eine weitere Lohn erhöhung im Malergewerbe. Nach eingehenden Erörterungen, bei denen die Arbeitgeber großen Wert darauf legten, daß ihnen unsere Forderungen rechtzeitig zugehen, wurden der 29. und möglicherweise noch der 30. April als Verhandlungstage festgesetzt.

Wir hoffen, daß es dann gelingt, die Arbeitgeberschaft unseres Gewerbes davon zu überzeugen, daß die andauernde Teuerung eine wesentliche Lohn erhöhung in aller Kürze dringend notwendig macht.

### Die nahende Zeit.

Einen gewaltigen Aufschwung hat die Gewerkschaftsbewegung genommen. Es gibt kaum eine soziale Bewegung in der Geschichte, die in so kurzer Zeit so groß wurde und so gewaltig. Worin liegt diese staunenerregende Zaubermaß? Dass unsere Bewegung so schnell so groß werden konnte, liegt daran, daß bereits heute in ungezählten Herzen ein höheres Empfinden, ein freies Menschengefühl verankert ist. Jede einzelne unserer Gewerkschaftsorganisationen erstrebt ja auf ihre Art ein besseres Los ihrer Vertragsgenossen; die Bewegung als solche aber, die Idee, die in ihr liegt, erstreckt sich auf das Ganze, auf eine Arbeitswelt der Freiheit und der Harmonie von allen Arbeitnehmern. Und wenn solcher Welt gemeinsamen Glücks heute so viele, solche Millionen entgegenstreben, so zeigt das, wieviel Reichtum nicht nur an freiem Persönlichkeitswert, sondern auch an einendem Brudergefühl bereits in der Menschheit schlummert.

Wer sich nur lebt und sein eigenes Glück, der muß sich am wohlsten fühlen in der Gegenwart; denn in der Gegenwart kann er sein ganzes Sinnen einstellen auf eigene Genüge und auf eigene Glück. Und wenn nun so viele, wenn nun Millionen nicht wollen dieses Glück, wenn sie höheres streben, wenn sie eine Ordnung wollen von oben für alle, ein harmonisches Arbeitsleben aller Brüder, dann beweist das, wie stark bereits die Idee der Menschlichkeit geworden, und wenn manch einzelner auch zurückhaltend, noch hängend an den Dornen einer egoistischen Zeit der Vergangenheit, den alten Menschen sitzt und dort noch herorschauten läßt: noch nie ist blödig geworden, und darum kann auch nicht plötzlich werden ein reichsweiter, idealer Menschengeist.

Herr den 15. Februar 1920 einer nahenden neuen Zeit läßt uns dieses lebende Menschentum fühlen. Die Menschlichkeit markiert, die Brüderlichkeit strahlt frudig die Arme weit; es steht eine neue Zeit; das Menschentum erwacht.

### Lohnbewegungen.

Brunnau. Seit 3 Wochen standen die Kollegen in Brunnen im Streit wegen Erringung eines neuen Lohnabkommen und Festlegung eines Tarifvertrages. Die Malerunternung Brunnen gehört nicht dem Arbeitgeberverband an; es mußte also versucht werden, eine örtliche Regelung zu finden. Dies ist uns jetzt gelungen. Nachdem von der Filialleitung Breslau mehrere erfolglos ver sucht worden war, eine örtliche Einigung zu erzielen, wardten wir uns an den Schiedsspruchsstuhl. In letzter Stunde gelang es dem Vertreter der Filialleitung, die bestehenden Arbeit-

geber zu belehren, daß auch für Brunnen Löhne gezaubert werden müssen, die den allgemeinen Reichstarifvertrag entsprechen. Es wurde vereinbart, daß der Lohn vom 1. April 1920 an 2,90 M. (früher 1,80 M.) beträgt. Das Sondertarifmuster wurde mit guten Verbesserungen anerkannt. Maßregelungen dürfen nicht vorkommen. Die Arbeitgeber erklärten, daß die Gehilfen so weit als möglich restlos eingestellt werden. In der darauffolgenden Nachversammlung unserer Mitglieder wurden die Abmachungen anerkannt. Bei der Beratung

Urteil, was selbstverständlich abgelehnt werden mußte, der Demobilisierungskommissar wurde im reinen Sinne des Wortes mobil gemacht, indem er veranlaßt wurde, ein Schreiben an das Gewerbege richt zu verfassen, daß das Urteil erst von dem Tage an geltet, an dem es für verbindlich erklärt wurde, aber nicht von dem Tage, wo es gefällt sei. Das Gewerbege richt hielt in den nachfolgenden Sitzungen auf seinem Standpunkt fest, das bereits vom 20. September an bestanden müsse. Es erblieb in dem Spruch des Schiedsspruchsstuhles, wenn sich die Gegenpartei nicht unterwarf, eine Urteil, und jedes Urteil geltet von dem Tage an, wo es gefällt wird. Leider verbündete das Gewerbege richt, trotz unserer Einsprüche, die weiteren Klagen zu einer Klage und forderte — indem die so zusammengefügten Petitionen über 100 M. hinausgingen — die Berufungsmöglichkeit beim Landgericht. Die Arbeitgeber griffen die so geschaffene Sache sofort auf und legten Berufung gegen die Urteile des Gewerbege richts ein. In den Berufungsverhandlungen am 9. und 27. Januar 1920 wurde die Sache auf den 10. Februar und dann auf den 28. März 1920 verlegt. Jetzt endlich, nach sechsmonatiger Dauer, wurde vom Landgericht die Berufung der Arbeitgeber endgültig abgewiesen. Damit ist entschieden, daß für die Zeit vom 20. September bis 31. Oktober 1919 für jede Arbeitsstunde 8 M. in Brunnau zu zahlen ist. Eine größere und längere Verschiebung ist nicht, wie sich in diesem Fall die Unternehmer leisten, es wohl kaum möglich.

Es darf uns nicht gleichgültig sein, wenn dieser oder jener Kollege noch außerhalb des Verbandes steht. Niemand ist zu alt oder zu jung, mit uns in Reih und Glied zu treten und für eine bessere Lebenshaltung zu kämpfen. Stark sind wir, wenn wir einig sind; Macht besitzen wir aber erst, wenn wir uns im Verband als Glied der eines Körpers stehlen.

### Darum werbt für den Verband!

Über die neuen Beiträge und Unterstützungsseinrichtungen wurde beschlossen, die von der Hauptleitung vorgeschlagene Neuregelung anzunehmen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß vom 1. Mai an in der zweiten Klasse 2,40 M. zu leisten sind. Durch das einmütige Ausbalancieren der Kollegen war es möglich, den Streit für uns günstig zu erleben. Weiter haben die Kollegen erkannt, wie notwendig eine Erhöhung der Streitunterstützung sei. Sie erklärten sich einmütig dafür, daß auch in der kommenden Lohnbewegung Strafe Disziplin die Hauptbedingung ist.

Potsdam-Nordawes. Wie bereits bei der letzten Teuerungszulage im Vorjahr, so weigerten sich die Arbeitgeber bis auf etwa 7 Firmen, auch das leichte Lohnabkommen vom 15. Februar dieses Jahres anzuerkennen. Die meisten Arbeitgeber lehrten dem Arbeitgeberverband 'den Rücken' und waren wohl der Meinung, sich nun allen Verpflichtungen entzogen zu haben. Da alle Versuche, den neuen Reichstarif mit dem Lohnabkommen auf gütlichem Wege zur Anerkennung zu bringen, scheiterten, stellten am 18. März 45 Kollegen bei den maßgebenden Arbeitgebern die Arbeit ein. Da sich Streikbrecher aus den Reihen der Gehilfen nicht fanden, — außer einigen Kleinmeistern, die den "Mut" besaßen, den kämpfenden Gehilfen in den Rücken zu fallen — und auch der Arbeitsnachweis nur zu dem neuen tarifmäßigen Lohn von 4 M. pro Stunde Arbeitskräfte vermittelte, iraten schon nach kurzer Zeit die bestreikten Firmen unsre Mitglieder mit dem Ersuchen heran, doch mit ihnen zu verhandeln. Es kam dann auch eine Einigung auf der Basis zu stande, daß anstatt der Nachzahlung vom 15. Februar, vom 1. April an ein Stundenlohn von 4,20 M. zu zahlen sei, also 20 M. die Stunde mehr, beziehungsweise den Berliner Stundenlohn. Bei der Verhandlung am 7. April stellten sich die Vertreter der Zwangsimmobilisierung ebenfalls auf diesen Standpunkt und vereinbarten mit uns auf dieser Grundlage einen Sondertarif. Hierdurch ist auch der langgehegte und berechtigte Wunsch unsrer Potsdamer Kollegen in Erfüllung gegangen, nämlich den Berliner Lohn auch hier einzuführen.

### Einen zähen Kampf um ihre berechtigte Lohn erhöhung

hatten unsre Chemnitzer Kollegen zu führen. Als sie wegen der fortgeleiteten Lebensorghalt am 14. August 1919 erneut eine Teuerungszulage von 45 M. die Stunde forderten, wurden sie glatt abgewiesen. Erst der Schiedsspruchsstuhl, an den sie sich wandten, sprach ihnen in einem Schiedsspruch vom 20. September 30 M. Teuerungszulage auf die bestehenden Tariflöhne zu. Diesen Schiedsspruch lehnten die Meister jedoch ab. Auch dann, als der Schiedsspruch vom Demobilisierungskommissar auf Antrag unsrer Kollegen am 15. Oktober für verbindlich erklärt worden war, waren die Herren noch nicht bereit, zu bezahlen. Sie erklärten, daß durch die inzwischen durch zentrale Verhandlung am 13. Oktober 1919 vereinbarte und vom 1. November an zu zahlende weitere Teuerungszulage der Chemnitzer Schiedsspruch überholt sei. Als die Kollegen gegen diese Anschaufung erneut Einspruch erhoben, wurden sie verschiedenlich allen Gründen gefragt, wann sie denn endlich streiken. Das hätte den Unternehmern wohl so gefallen können; wir streiken, wenn es uns paßt und nicht wenn es dem Gegner recht ist. Mit dem ablehnenden Bescheid konnten sich natürlich unsre Kollegen nicht zufrieden geben. Sie sagten daher am Gewerbege richt und verlangten Bezahlung vom 20. September an. Das Gewerbege richt sprach ihnen dies auch zu. Die Arbeitgeber waren darüber sehr aufgebracht, sie erblieben in dem Urteil des Gewerbege richts ein Schlußurteil, ließen zum Exponenten des Gerichts und verlangten in aller Form die Aufhebung des

### Lackierer.

Akenstadt. Nach langem schwerem Kampf war es den Lackierern der Firma M. Len, Automobilfabrik A.G., Akenstadt, gelungen, den Meister Hahn, den Schrecken der gesamten Kollegenschaft, unmöglich zu machen. Wie wir erfahren, soll er sogar Deutschland den Rücken gelehnt haben. Die Firma, die hartnäckig ihren Kopf durchsetzen wollte, hatte den Meister wohl entlassen, wollte aber den Kollegen doch einen Streich spielen, indem sie Maßregelungen vornehmen gedachte. Durch Verhandlungen der Organisationsleitung und energischer Auftreten des Betriebsrates ist es jedoch ermöglicht worden, auch diese Pläne der Firma zu durchkreuzen. Einige Kollegen sind wieder eingestellt und der Streit aufgehoben worden. Vor allen Dingen müssen wir der gesamten Arbeiterschaft Akenstadts unsern Dank aussprechen für ihre weitgehende Unterstützung; ohne sie wäre der Kampf unter den heutigen Verhältnissen nicht durchzu führen gewesen. In der Geschlossenheit unsrer Kollegen hat es ebenfalls in erster Linie nicht gefehlt, denn ohne sie wäre der Kampf trotzdem verloren gewesen. Wir möchten deshalb allen Kollegen geraten: Schließt Euch fest und treu zusammen in unserm Verband, dann wird auch das Ziel stets erreichen sein.

### Aus unserm Beruf.

Frankfurt a. M. Am 29. März nahm eine Generalversammlung den Jahresbericht entgegen. Nach einer lebhaften Diskussion wurden die feierlichen Mitglieder der Filialversammlung gegen wenige Stimmen und die beiden Angeklagten einstimmig wiedergerichtet. Nach den Wahlen zum Betriebsrat, zur Bauarbeiter schutzkommission, Lehrlingskommission und zum Ortstarifamt wurde noch besonders unsre am 17. April im Zoologischen Garten stattfindende dreißigjährige Jubiläumsfeier hingewiesen. Der Beitrag jeder Kollege zum guten Gelingen des Festes bei, dann werden wie nach des Jahres Arbeit und Mühen auch einmal einige fröhliche Stunden im Kreise der Kollegen verleben können.

Hamburg. 2 Punkte waren es, die sich aus der Lageordnung der Mitgliederversammlung vom 7. April herausgehoben: die Vorlage des Verbandsvorstandes und des Beitrags, betreffend Neuregelung der Unterstützungsseinrichtungen und Erhöhung des Beitrages, und der Antrag des Filialverstandes auf Anstellung eines dritten Kollegen. Die erste Vorlage wurde vom Vorstand eingehend begründet und erläutert. In der Abstimmung darüber summten für die Annahme 227, dagegen 78. Anschließend wurde dem Vorschlag des Filialvorstandes zugestimmt, den Volksaufschlag gleichfalls zu erhöhen, so daß nunmehr der Beitrag beträgt in der ersten Klasse 2 M., in der zweiten Klasse 3 M. wöchentlich. Zu dem Punkt „Anstellung eines dritten Kollegen“ legte der Vorstand dar, daß die ordnungsgemäß Erledigung des Verbandsgeschäfts, vor allem die nachdrückliche Vertretung der Interessen unsrer Kollegen notwendig die Einstellung einer weiteren Arbeitskraft erfordere. Der neuangestellte Kollege soll in der Kampfsache Agitationsleiter sein. Die Versammlung stimmte dem einstimmig zu. In der voraufgegangenen Versammlung war der Filialvorstand neu gewählt worden. Die angekündigten Kollegen, Lonn, Vorsteher der de Haas, Kassierer, wurden mit allen 266 Stimmen wieder gewählt. Gleichfalls wieder gewählt wurde Kollege Bejeurh, Schriftführer; zu Beisitzer gewählt wurden die Kollegen Haslinger, Boesch, Dreyer und Stolle. Des weiteren nahm die Versammlung zu den kommenden Ortstarifamtverhandlungen Stellung. Diese haben sich durch den Kapp-Märzput verzögert. Die Versammlung legte den Tarifabschluß dringend die Pflicht auf, mit Nachdruck für die Erhaltung der durchgehenden Arbeitzeit einzutreten. Desgleichen forderte die Versammlung, daß vom Vorstand Verhandlungen mit den Arbeitgebern um eine weitere Lohn erhöhung eingeleitet werden. Die gewaltig gesteigerten Kosten für den Lebensunterhalt machen es unmöglich, daß Lohnabkommen bis zum 31. Mai durchzuhalten. Der Vorstand verneinte nochmals auf die alljährliche Frühjahrsagitation und forderte höhere Beachtung und strikte Durchführung der Buchkontrollwoche vom 18. bis zum 24. April.

Gewerkschaft u. d. o. Die Kollegen stimmen in einer abgestimmten Versammlung der vorgezogenen Vereinigung des Tarifvertrags und Unternehmensvereins einstimmig zu.

### Ist die Braunschweiger Malergruppen vogelfrei?

Die zentralen Verhandlungen um eine neue Lohnzulage im Rahmen dieses Tarifes hatten für unsern Ort 1,20 M. Zulage pro Stunde ergeben. Die Abstimmung über Sohnabkommen und Tarifvertrag — es konnte beides entweder angenommen oder abgelehnt werden — endigte bei Ergebnis der Abstimmung, damit hätten auch die Braunschweiger Malermeister, deren Bezahlung in dem Arbeitgeberverbande angegeschlossen ist, in Gehälten von Höhe von 8,70 M. zahlen müssen. Wenn jedoch rückt, daß die Herren sich nach der Druckerei vertragen haben, etwas anständiger zeigen würden, hat es sich gewißlich gezeigt. Sie beschlossen, 70% von den 1,20 M. zahlen und hielten sie im übrigen tot. Diese Wahrungsfreiheit in Braunschweig beim Bürgerium sehr beliebt. Wir wissen jetzt, ob diese Zulage von dem Arbeitgeberverband am Ort tatsächlich angewandt werden soll, sobald es sich um Sohnabkommen handelt, müssen es aber annehmen, da es nun nichts zum kleinen Male der Auseinandersetzung ist, daß die Braunschweiger Malermeister von ihrem Arbeitgeberverband nicht normiert (1) worden sind über ihre Pflicht, der Vereinigung möglich zu gehorchen.

Wir haben zu mehreren Malem bei dem Unparteiischen und Ortskonsortium ver sucht, mit den Herren Meistern zu Verhandlungen über die örtlich zu erledigenden Punkte im Reichstarifvertrag zu kommen. Einige Kollegen haben sich sogar persönlich zu einzelnen Herren begeben, um endlich zum Abschluß zu kommen. Jedoch dauerte es lange Wochen, ehe man sich endlich dazu herbeiließ, mit uns über die Arbeitszeit und sonstige Dinge zu verhandeln.

Hier zeigte sich der Kleinmeisterlich-reaktionäre Kopf in höchster Gloria. Nichts von den Geschichten unserer Zeit ist an die Gedanken dieser Reaktionäre gebrungen. Man versucht, überall Verschlechterungen herbeizuführen. An unserem kategorischen „Nein“ verzerrte mancher Vorstoß. Sie haben schon mit manchem Menschen zu tun gehabt, der es Verlegenheit war, und nun versucht, zu beweisen und zu bestreiten. Wer dieses Kampfmittel noch nicht zur Verfügung stelle, wende sich an die Vertreter der Braunschweiger Malermeister. Sie brachten es fertig, daß sie, anstatt vom 15. Februar an 1,20 M. Lohnzulage zu zahlen, diese erst vom 8. März an zahlen müssen. Wir haben seitens Gelegenheit, die Zulage dieser Herren festzunageln.

Sie haben keinen Zweifel daran, daß ihnen die Abmachungen des Arbeitgeberverbandes gleichgültig seien und sie lieber heute als morgen aus diesem austreten würden. Wir fragen nunmehr Herrn Hansen und Herrn Kruse, ob es wahr ist, daß die Braunschweiger Malermeister nicht darüber informiert worden sind, daß sie die Lohnzulage von 1,20 M. vom 15. Februar 1920 an zu zahlen haben und nicht einen Abschlag von 70% 8 Wochen lang und dann erst auf Drängen sich bequem, mit den Vertretern der Gehaltsorganisation über die auszufüllenden Seiten im Tarifmuster zu verhandeln? Hat der Arbeitgeberverband den Einfluß auf die Ortsgruppe Braunschweig der Malermeister oder sind die Malergruppen Braunschweigs vogelfrei, trotz zentraler Verhandlungen?

### Zur Lehrlingsfrage.

Zweck und Ziel einer beruflichen Organisation der Lehrlinge muß die Heranbildung der jungen Leute zu tüchtigen Männern sein, die fähig sind, den Kampf vor die wirtschaftliche Existenz mit Erfolg aufzunehmen. Mittel und Wege zu diesem Ziele sind:

1. Die Lehrlinge müssen bestrebt sein, für ihre Tätigkeit eine Bezahlung zu erlangen, die ihnen zum mindesten genügende Nahrung und Kleidung gewährleistet. Diese Forderung muß, sofern bestehende Lehrverträge der Durchführung entgegenstehen, im Einvernehmen mit den Eltern verwirklicht werden.

2. Mit jeder Lehrlingsorganisation ist eine Beratungsstelle zu schaffen. Sie hat die Aufgabe, Eltern, die ihre Söhne unserm Beruf zu führen wollen, über die in Betracht kommenden Lehrstellen aufzuklären und sie in allen das Lehrverhältnis betreffenden Fragen zu beraten.

3. In den Lehrlingsversammlungen ist durch regelmäßige Vorträge, hauptsächlich wirtschaftspolitischen Inhalts, aber auch des allgemeinen Wissens, eine höhere Allgemeinbildung und die Erziehung der jungen Leute zu freien, selbständigen und handelnden Menschen anzustreben.

4. Da nur ein beruflich tüchtiger Mensch vorwärtskommen kann, muß ein besonderes Augenmerk auf die theoretische und, wo die geeigneten Kräfte vorhanden sind, auch praktische Weiterbildung der Lehrlinge gerichtet werden. In den Sommermonaten müssen gerade in unserm Beruf die Jungkollegen bei gemeinschaftlichen Ausflügen zum Diskutieren malerischer Punkte angehalten und damit zum tüchtigen Sehen erzogen werden.

5. Eine besonders eingehende Behandlung verdient die Belehrung über gewerbliche Rechtsfragen und Sozialpolitik. Es ist deshalb womöglich darauf zu sehen, daß nur Leute, die in diesen Fragen einigermaßen bewandert sind, zur Leitung der Jugendabteilungen herangezogen werden.

6. Da eine auf vorstehender Grundlage aufgebauten Schulung der Lehrlinge nur erreichbar ist, wenn diese über die notwendige Freizeit verfügen, darf die Arbeitszeit selbstverständlich nicht mehr als 8 Stunden pro Arbeitstag dauern. Für diese Forderung hat auch die Gehaltsorganisation mit allen Kräften einzutreten. Die Jugendabteilung sollte ja überhaupt keine selbständige Organisation, sondern nur einen Teil des Verbundes bilden.

7. In den Versammlungen der jungen Kollegen muß strenge Disziplin herrschen; doch ist zu empfehlen, daß ihnen nach Erledigung ernster Fragen auch Gelegenheit zu Spiel und sonstigen Unterhaltungen geboten wird.

8. In der Erkenntnis, daß jede mündliche Agitation auf die Dauer verfangen muß, wenn sie nicht durch das gedrückte Wort unterdrückt wird, erachte ich die Gründung einer leicht fachlichen Jugendfestschrift dringend geboten. (Sie bereits geschehen. Siehe Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 5 des „Vereins-Anzeiger“. Die Red.) Es müssen auch regelmäßig zur Klarstellung der Eltern Flugschriften ver-

### Wer noch nicht organisiert ist,

von seiner Hände Arbeit leben muß und es immer nicht begreifen will, daß er sie selber und seinen Arbeitsgenossen schuldig ist, sie mit ihnen zu verbinden, um gemeinsam seine Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, seine Existenz- und Lebensverhältnisse menschenwürdiger zu gestalten, ist ein beschränkter Egoist, der sich und andern schadet.

**Wer noch nicht organisiert ist,**  
ist sich nicht bewußt, daß er nicht in die Welt reicht ist, um darin allmählich am Körper und Geist zu verkümmern, sondern um zu leben als Mensch. Ist auch die Verantwortlichkeit für uns das notwendigste Mittel zum Lebensempfer, so ist sie ein taugliches Mittel zum Lebenszweck über alle dann, wenn ihr Ertrag zum Leben ausreicht.

**Wer noch nicht organisiert ist,**  
trägt nicht das geringste dazu bei, die Löhne zu erhöhen, die Verhältnisse zu verbessern, eine anständigere und gerechtere Behandlung zu erwirken, die erforderliche Zeit und die notwendigen Mittel zur Weiterbildung zu gewinnen, bildet daher ein Hemmnis jedes Fortschritts.

**Wer noch nicht organisiert ist,**  
empfindet nicht, daß er, wenn er nur essen, trinken, schlafen, seine spärliche Freiheit und Vergangenheit, bei seinem Arbeitgeber Liebling sein, im übrigen aber „zusieden“, sich an seinem armeligen Dasein genügen lassen wollte, nur ein halber Mensch ist.

**Wer noch nicht organisiert ist,**  
denkt daran, daß er auch ein Mensch ist, daß er sich nur durch geistige Verdünnung, die sich in harmonischem Wechsel der körperlichen Tätigkeit anstreben muß, als Mensch zur Geltung bringen kann, daß er seine Vernunft gebrauchen muß, um sein Leben lebenswert zu gestalten, um ein vollkommener Mensch zu sein.

**Wer noch nicht organisiert ist,**  
sichert sich darum unverzüglich unserm Verbande an. Dadurch bringt er zum Ausdruck, daß er sich seines Menschenwerts bewußt ist, sich besserer Lebensbedingungen wert erachtet und bereit ist, mit seiner ganzen Persönlichkeit dafür einzutreten. Erst dann ist er ein vollwertiger Mensch.

### Denn Menschsein heißt Kämpfersein!



brettet werden; denn ohne Mitwirkung der Eltern ist eine lebenskräftige Lehrlingsorganisation nicht denkbar.

Werte Kollegen! Vorstehende programmatische Ausführungen schreibe ich aus der Erwägung heraus, daß die Lehrlingsfrage endlich einmal in Fluss kommen muß. Die heimischende Generation soll und muß dazu berufen werden, unser so schwer dankbarliegendes Gewerbe wieder auf die Höhe zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß unermüdlich gearbeitet, müssen von unserm Verband alle Kräfte angespannt werden. Es wäre zu begrüßen, wenn sich Kollegen, die vielleicht schon in einer Jugendabteilung tätig sind, im „Vereins-Anzeiger“ zu dieser Frage äußern würden. Auch wäre ich sehr dankbar, wenn mir etwaige Statuten einer schon bestehenden Lehrlingsorganisation zugesandt würden.

Mit kollegialem Gruß  
Chr. Wörtinger, Ludwigsburg, Kronenstr. 8.

### Eingesandt.

Der Abschluß von Tarifverträgen im gewerkschaftlichen Leben ist oft der Anlaß zu ernsten Differenzen sowohl in den Kreisen der Vorstandsmitglieder als auch — in weit größerem Maße — in den Kreisen der berufstätigen Kollegen. In sehr vielen Fällen sind auch die von den Verhandlungskommissionen erzielten Ergebnisse mit den von den berufstätigen Kollegen gehegten Hoffnungen und Wünschen durchaus nicht in Einklang zu bringen, zumal die Mitglieder der Verhandlungskommission zum größten Teile sich aus Anhängern der Arbeitsgemeinschaft zusammensehen, während das Gros der Kollegen auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Die Arbeitsgemeinschaften sind die konsequente Fortsetzung der Tarifpolitik der Gewerkschaften. Die Berliner Arbeiterschaft ist nun einmal in ihrer Mehrheit radikalier gesinnt — ein Factor, mit dem im Interesse der Einheit der Organisation unbedingt gerechnet werden muß. Nach genauerer Betrachtung dieser unumstößlichen Tatsache ergibt sich, daß die Ablehnung des Reichstarifvertrages durch die Berliner Kollegenschaft durchaus nicht oberflächlicher Natur ist, sondern leichten Endes ihren tieferen Grund in den verschiedenartigen Auffassung in der Frage des Sozialismus zwischen den Anhängern der Arbeitsgemeinschaften und den Verfechtern des revolutionären Sozialismus findet. Gegen langfristige Tarifverträge hat sich eine besonders starke Antipathie entwickelt, begründet in der immer weiter um sich greifenden Erkenntnis, daß gerade die langfristigen Tarifverträge in Zeiten der Prosperität für die Arbeiterschaft nur ein Hindernis mehr, nur mit einem Hemmschuh zu vergleichen sind. Auf Stelle des jetzigen Reichstarifvertrages sollte nun etwas wesentlich Neues, etwas der Zeit entsprechendes grün-

werden. Hierin sind die Kollegen bitter enttäuscht worden. Beachtenswert ist, daß die Arbeitgeber zunächst über den Tarif verhandeln und dann erst die Lohnfrage regeln wollten. Man erachtet hieraus, wie äußerst wichtig der Arbeitgeber der Abschluß des Tarifvertrages erscheint. Daher auch — nach Meinung der Arbeitgeber — die große Erhöhung des Stundenlohn um 1,20 M. Mit dieser Lohnerhöhung wollten sie sich die Annahme des Tarifvertrages sichern. Ein Rücksicht sollte es sein, weiter nichts. Wäre nur der neue Tarifvertrag in vorgenanntem Sinne gehalten, dann hätte sich eventuell darüber reden lassen. Da dieser aber in seinen wesentlichen Punkten nur einen Abfall des vorherigen Tarifes darstellt, erscheint uns die Annahme desselben als nicht zweckmäßig. Das in geheimer Abstimmung erzielte Resultat, 288 gegen 288 Stimmen, spricht für sich. Ein paar Worte noch zur Lohnfrage. Wenn man in Betracht zieht, daß die Kaufkraft der Wart im Innland heute etwa 8 M. beträgt, so bedeutet die Erhöhung von 1,20 M. tatsächlich nur eine Erhöhung um etwa 4%. Wenn auch die Abfallzahlen für Tarif und Sohnabkommen verschieden sind, so muß doch über beides zusammen entschieden werden. Da wir weiter mit dem Inhalt noch mit der Dauer des Tarifvertrages einverstanden sind, die Lohnerhöhung uns ebensoviel passt, darum lehnen wir ab! Richard Wüthgen, Berlin.

Hierzu nur folgendes: Das mitgeteilte Stimmenverhältnis drückt nicht klar aus, wie die im M. g. g. w. e. arbeitenden Kollegen Berlins über Sohnabkommen und Reichstarifvertrag denken, weil auch die in der Industrie beschäftigten, sehr zahlreich vertretenen Mitglieder (mit Ausnahme der Fleischwarenbranche), die sonst bei der Regelung ihrer Tarifverhältnisse die Wart nicht mitreden lassen, mit abgestimmt haben. Durch dieses, wohl in seiner anderen Villiale übliche Verfahren sind die Meinungen sehr verdeckt worden. Eine vorher stattgefundenen Vertrauensversammlung hatte zugestimmt. Auf die Gegenüberstellung von Arbeitsgemeinschaft und revolutionären Sozialismus, die in diesem Zusammenhang so hergeholt wie nur möglich ist, wollen wir es uns verfassen, einzugehen. Nur das erscheint uns nicht unerwähnlich, daß von einem Redner in der erwähnten Versammlung erklärt worden ist, man könne ruhig ablehnen, denn im übrigen Deutschland werde ja doch zugestimmt. Sehr möglich, daß sich das nicht wenige der Versammlungsnehmer zu eigen gemacht haben.

### Gewerkschaftliches.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

trat aus Anlaß der Durchführung des Generalstreiks und der zu seiner Beendigung vereinbarten Gewerkschaftsordnungen zu einer einstündigen Verratung zusammen. Der Vorsteigende des Bundesvorstandes, Legien, teilte einleitend mit, daß die in Berlin anwesenden Verbandsvorstände während des Streiks wiederholt zur Berichterstattung über die Vorgänge und die Maßnahmen der Gewerkschaftsleitungen zusammenberufen worden seien. Die Aufrufung einer Ausschüttung war aber wegen des Verlebtsstreiks unmöglich. Legien berichtete sodann über den Kapp-Putsch und über den zu seiner Niederwerfung von den Gewerkschaften durchgeführten Generalstreik und seine Erfolge. Die Verhandlungen mit den beiden sozialistischen Parteien zwangs Verstaltung einer Einheitsfront des Proletariats seien leider an dem ausweichenden Verhalten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gescheitert; doch gelang es, wenigstens eine einheitliche Kampffront der Arbeitnehmerverbände herbeizuführen. Nachdem es durch den Generalstreik gelungen war, die illegale Kappregierung und die meuterisch in Berlin eingedrungenen Truppen zu besiegen, galt es, Sicherungen gegen die Wiederkehr solcher reaktionärer Putsche durchzuführen. Die Gewerkschaftsleitungen sicherten sich deshalb einen mitentscheidenden Einfluss auf die Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen und vereinbarten mit den Vertretern der Regierungs partieien ein Programm, das die Entwaffnung und Verstrafung aller am Putsch Schuldbaren, die gründliche Reinigung der Verwaltungen von allen Reaktionären, die Durchführung demokratischer Verwaltungsreformen, den Ausbau der Sozialgesetzgebung, die sofortige Umwandlung der Sozialisierung, die Auflösung der konterrevolutionären Heeresformationen und deren Erstaf durch Formationen aus überläufig republikanischen Kreisen sowie die wirksame Durchführung der Lebensmittelversorgung umfaßt. Die militärische Niederwerfung bewaffneter Volksverbündungen zur republikanischen Verbündung in der Umgebung Berlins sowie in Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland führte zu einer Verlängerung und Verschärfung des Generalstreiks, der erst nach erneuter Intervention der Gewerkschaftsleitungen und Erhaltung weiterer Zusagen seitens der Regierung abgebrochen werden konnte. Höchst schwierig gestaltete sich die Neubildung der Regierungen, da nur die sozialistischen Parteien und die christliche Volkspartei den gewerkschaftlichen Programmpunkten vorbehaltlos zustimmten, während die Deutsche Demokratische Volkspartei zu denselben einen verlausuliert ablehnenden Standpunkt einnahm. Die Gewerkschaftsvertretungen haben alles getan, um das Zustandekommen von Regierungen im Reich und in Preußen zu fördern und zu beschleunigen, die sich wirklich auf das Vertrauen der die Republik verteidigenden Arbeitnehmerchaft stützen können. Sie wissen die großen Schwierigkeiten eines regierungsfreien Zustandes gerade in gegenwärtiger Zeit sehr wohl zu würdigen und haben monatelang Bedenken zurückgestellt, um die Neubildung der Regierung nicht zu erschweren. An der Regierungskrise tragen nicht sie die Schuld, sondern das Versagen der Reichsregierung, die nur mit Hilfe der Arbeiterschaften den verfassungsmäßigen Zustand wiederherstellen konnte.

In der Debatte wurde eindringlich die Gefahr neuer Zusammenstöße zwischen den Truppen und der bewaffneten Arbeiterschaft im Industrieviertel wie in Mitteldeutschland geschildert und ein erneutes Eingreifen der Gewerkschaftsleitungen gefordert, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Die Aussprache endete mit der einstimmigen Annahme folgender *Auflösung des Ausschusses*:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt sich mit den Maßnahmen des

Bundesvorstandes zur Abmehr der Reaktion und bei der Bildung der Regierung in vollem Umfange einverstanden. Es war ein Gebot höchster politischer Klugheit, daß die 12 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die hinter dieser Aktion standen, in der Stunde höchster Gefahr ihre Wacht in die Wagsschale wärten. Es beauftragt den Bundesvorstand, scharf darauf zu achten, daß die Vereinbarungen auch wirklich eingehalten werden.

Weiter hält es der Bundesausschuss für erforderlich, daß sofort von Seiten des Vorstandes Schritte unternommen werden, daß es in Rheinland-Westfalen und in Mitteldeutschland zu einer Vereinbarung kommt, um weiteres Plutovergleich zu verhindern. Die neue Regierung möge sofort durch eine Politik des Entgegenkommens die Arbeiterschaft beruhigen.

Im übrigen erklären die Vorstände, daß die Gewerkschaften in Zukunft, wenn sich die Notwendigkeit dafür ergeben sollte, ebenso geschlossen und kraftvoll auf den Plan treten werden, um die Reaktion zu Boden zu werfen.

Ferner geben die auftretenden Vertreter von Gewerkschaften, die ihren Sitz in Süd-, West- und Mitteleutschland haben, unterschriftlich folgende Erklärung ab:

Die aus Süd-, West- und Mitteleutschland an der Bildung des Bundesausschusses teilnehmenden Gewerkschaftsvorstände erklären ihr volles Einverständnis mit den Maßnahmen des Bundesvorstandes in der Durchführung des Generalstreiks als das Mindestmaß dessen, was geschehen mußte — Maßnahmen, die auch außerhalb Berlins gebilligt werden. Es erwartet durchaus nicht den Tatsachen, daß dort die Vereinbarungen anders bewertet werden. Besonders trifft es nicht zu, daß durch die Aktion der Gewerkschaften etwa Sozialverbündestrebenungen, die in dem Aufruf "Los von Berlin" zum Ausdruck kommen, angeregt worden sind. Was vom Bundesvorstand geschehen ist, war dessen selbstverständliche Pflicht; es besteht in dieser Frage kein Gegensatz zwischen Berlin und der süd-, west- und mitteldeutschen Arbeiterschaft.

Berlin, den 27. März 1920.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Fr. Husemann, Bochum.

Verband der Dachdecker. Theodor Thonos, Frankfurt a. M.

Zentralverband der Glaser. H. Eichhorn, Karlsruhe.

Deutscher Gürtarbeiterverband. F. Siebert, Altenburg.

Deutscher Kürschnerverband. J. Heinze, Leipzig.

Deutscher Metallarbeiterverband. R. Döhrmann, Stuttgart.

Zentralverband der Schuhmacher. J. Simon, Nürnberg.

Zentralverband der Steinärbeiter. H. Walter, Leipzig.

Deutscher Chorsänger- und Pallettverband.

Kammann, Mannheim.

Zur weiteren wurde darüber beraten, in welcher Weise die arbeitenden Arbeiter und Angestellten für den entgangenen Arbeitsverdienst schadlos zu halten seien. Während ein Teil der Arbeitgeberchaft sich bereiterklärt hat, die Streitfrage zu bezahlen, bereitigte ein anderer Teil jede Vergütung. Verhandlungen des Arbeitsministers schließen mit Arbeitgebervertretern führen zu einem positiven Ergebnis. Die Gewerkschaftsvertreter waren übereinstimmend der Ansicht, daß die Reichsregierung verpflichtet sei, die Streitverträge schadlos zu halten. Sie beauftragten den Bundesvorstand, in diesem Sinne mit der Reichsregierung zu verhandeln. Es soll vorgeschlagen werden, daß die Arbeitgeber diese Unterstützung veranlassen und dann von Reich zurückvergütet erhalten.

**Vereinbarung für das Baugewerbe.** Am 31. März und 1. April haben in Hannover unter dem Vorsitz des Stadtrats Hiller, Frankfurt a. M., weitere Verhandlungen für das Baugewerbe stattgefunden. Am zweiten Tage kam nachstehende Vereinbarung zustande:

Die am 31. März 1920 abgelaufenen Reichstarifverträge für das Hochbau- und Tiefbaugewerbe einschließlich aller Ergänzungen sowie die zugehörigen genehmigten und noch nicht genehmigten Bezirks- und Ortsstarife und die Tarifverträge für Groß-Berlin werden mit Einführung der abgeschlossenen Alltarifrechte unter nachstehenden Bedingungen bis 28. Mai 1920 verlängert:

a) Alle in den bisherigen Lohn- und Arbeitstarifen aufgeführteten Arbeiterschichten erhalten vom 6. April 1920 an zu den tarifmäßig festgesetzten Entlohnungen, wie sie gemäß Vereinbarung vom 18. Februar 1920, ab 14. Februar 1920

bestanden haben, in Tariforten bis einschließlich 2000 Einwohnern 1 M. für die Stunde, in Tariforten mit über 2000 Einwohnern und in den in der Vereinbarung vom 18. Februar 1920 genannten Industriegebieten und im Feuerungs- und Schornsteinbaugewerbe 1,25 M. für die Stunde mehr. Soweit etwa nach dem 14. Februar 1920 Lohn erhöhungen oder Leuerungszulagen im voraus bewilligt sind, kommen diese auf obige Zuschläge in Anrechnung. Die im Freistaat Sachsen getroffene Vereinbarung bleibt bestehen.

b) Die Zentralorganisationen beginnen mit den Verhandlungen über Erneuerung der Reichstarifverträge und des Tarifmusters spätestens am 14. April 1920 in Berlin unter Vorsitz eines Unparteiischen; die Verhandlungen sind zunächst zu beschleunigen. Nach der ersten Besprechung der Reichstarifverträge verständigen sich die Zentralorganisationen über die Grundsätze zur Feststellung der bezirklichen und örtlichen Lohn- und Arbeitstarife.

## Vom Ausland.

**Oesterreich.** Zwischen dem Bauarbeiterverband und der Genossenschaft der Maler, Anstreicher und Lackierer von Graz wurden nachstehende Mindestlöhne und Leuerungszulagen vereinbart: 1. Für Gehilfen über 2 Gehilfensjahre und Hilfsarbeiter über 5 Jahre 8 Kr. Stundenlohn und 8 Kr. Leuerungszulage, insgesamt also 9 Kr.; 2. für Hilfsarbeiter unter 5 Jahren und gelernte unter 2 Gehilfensjahren 5,80 Kr. Stundenlohn und 8 Kr. Leuerungszulage, also 8,80 Kr. Eine gegenseitige Bindung besteht nicht. Alle übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages bleiben auch weiterhin unverändert aufrecht. Diese vereinbarten Mindestlöhne und Leuerungszulagen traten am 6. März laufenden Jahres in Kraft und sind am 18. März das erste Mal zur Auszahlung gelangt. Mit diesen Leuerungszulagen ist der Vereinigung aller Lebens- und Bedarfstarife bis Ende April Rechnung getragen. Eine paritätische Lohnkommission setzt alle 2 Monate, das erstmal rechtzeitig vor der Anfang Mai beginnenden Lohnwoche, einvernehmlich fest, um wieviel die Preise der Lebensmittel gegenüber den zur Zeit des Inkrafttretns dieses Übereinkommens (6. März) bestandenen Preisen gestiegen oder gesunken sind.

**Schweiz.** In Thun und Interlaken streiten die Maler. Die Städte Winterthur, Schaffhausen, Luzern und Lausanne sind für Maler gesperrt.

## Literarisches.

Die „Sozialistische Gemeinde“ erscheint zweimal monatlich. Einzelnummer 50 G. vierteljährlich 3 M. (Bestellgeld extra). Poststellungen sind zu richten an die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

## Fachliteratur.

**Deutsche Malerzeitung „Die Mappe“.** Verlag Georg D. W. Gallimau in München. Diese vorzüglich und reich ausgestattete illustrierte Zeitschrift für das Dekorationsmalerhandwerk beginnt soeben ihr neuen Gewande ihres 40. Jahrgangs. „Die Mappe“ hat die schlanken Seiten des Krieges überstanden und steht heute wieder voll auf der Höhe, auf der sie vor dem Kriege gestanden. Tafel 1 zeigt uns ein Bild von packender Wirkung des bekannten Künstlers Emil Böck, Leipzig, Salomé. Tafel 2: Decke und Wand in Italien und Grau, von Andreas Lober in Fechenheim, wirkt durch die harmonische Farbenstimmung. Die Vorlage eignet sich vorzüglich für ein Mädchengemälde. Tafel 3: Frise und Tierrate, von Georg Minck in Hannover; die Entwürfe wirken in ihrer fröhlichen Farbenstimmung ausgezeichnet und lassen sich in der Praxis zu verschiedenen Zwecken gut verwenden. Tafel 4 bringt 8 Wandmustere von Ludwig Heißberger, dem langjährigen erfahrenen Leiter der Zeitschrift. In den Entwürfen von einfachen für den täglichen Gebrauch geeigneten Motiven liegt Heißbergers Sicht. Wir sind überzeugt, daß die Leser der „Mappe“ aus diesen hübschen Vorlagen leicht für sie passende finden werden. Tafel 5 enthält eine reiche Auswahl von Tierstücken für Baudenkmäler. Der Entwerfer, Otto Obermeier in München, ist ein bekannter Meister auf

diesem Gebiete. Wir können nur wünschen, daß der Jahrgang dieser empfehlenswerten Zeitschrift viele weitere Erfolge finden möge. Der Bezugspreis der Monatshefte in Wochenummern beträgt vierteljährlich 15 M.

## Vereinstell.

**Bericht der Hauptklasse für den Monat März 1920.**

### Quartalsabschluß.

Eingesandt haben: Norden 2600, Neuen 80, Oldenburg 180, Altenburg 880, Neustadt 916,85, Apolda 800, Bielefeld 1200, Wittenberg 700, Bayreuth 800, Berlin 8500, Bremen 800, Bückeburg 800, Brilon 800, Bremen 800, Braunschweig 1500, Bremen 1000, Bückeburg 800, Breslau 8800, Cassel 4500, Celle 500, Chemnitz 1000, Coblenz 1930, Cöln 18400, Cottbus 868, Dresden 140, Eichsfeld 1000, Endingen 200, Erfurt 640, Goslar 850, Offenbach 8000, Flensburg 1100, Forst 650, Frankfurt a. M. 900, Frankfurt a. d. O. 1900, Freiburg 500, Friedberg 1000, Gießen 500, Gießen 500, Gladbach 200, Görlitz 2600, Goettingen 100, Grünberg 500, Guben 500, Hagen 2000, Halberstadt 800, Hadersleben 582,20, Halle 1800, Hamburg 14850, Hanau 2000, Heilbronn 1922, Heidelberg 2150, Herford 2000, Hildesheim 881,80, Hirschberg 200, Jena 885,80, Kaiserlautern 100, Karlsruhe 2000, Kastowitz 680, Kempten 250, Kiel 400, Kolberg 250, Königsberg 5000, Konstanz 600, Korbach 110, Leipzig 10000, Marburg 1000, Mecklenburg 800, München 7500, Mühlberg 550, Neisse 890, Neumarkt 400, Neustadt 580, Neuwied 725,20, Nordhausen 1000, Nürnberg 8000, Oberstein 200, Osnabrück 600, Osterheim 1000, Plauen 1100, Prengslau 800, Rathenow 200, Rietberg 250, Saarbrücken 100, Saarbrücken-Grimm 227,85, Schweinfurt 569,85, Sonnenburg 100,70, Sonnenberg 707,40, Siegen 400, Spandau 800, Spremberg 270, Stettin 1200, Straßburg 800, Stralsund 400, Straubing 159,80, Stuttgart 6000, Swinemünde 908,90, Tübingen 145,80, Trier 600, Ulm 800, Waldenburg 400, Weimar 400, Weida 126,70, Weiden 174,70, Weimar 84,70, Wiesbaden 8800, Wilhelmshaven 1800, Wismar 800, Wittenberg 187,80, Wolsendorf 641,80, Würzburg 1000, Zwischen 1900 M. G. Krüger,stellvertretender Kassier.

## Sterbetafel.

**Dremerhaven.** Es starben folgende treue Mitglieder: am 19. Februar der Kollege Anton Streit in im Alter von 68 Jahren. — Am 4. März der Kollege August Meyer im Alter von 84 Jahren. — Der Kollege G. Lüthmann im Alter von 42 Jahren.

**Dortmund.** Nach kurzer Krankheit starb unser Kollege Paul Lüth, geboren am 26. Mai 1862 in Schermbeck.

— Am 9. März starb unser Kollege Anton Guttentag im Alter von 66 Jahren.

**Gießen.** Am 18. März starb unser Mitglied Chr. Steyer im Alter von 84 Jahren.

**Hersford.** Am 20. März starb unser Kollege Karl Dunkel im Alter von 29 Jahren an Lungentuberkulose.

**Württemberg.** Am 29. Januar starb unser Kollege Paul Hengel im Alter von 52 Jahren.

**Magdeburg.** Es starben folgende Mitglieder: Am 18. März der Kollege Lebrecht Schiebel im Alter von 66 Jahren an Gehirnhautentzündung. — Am 2. April der Kollege Hermann Engewich im Alter von 61 Jahren an Lungentuberkulose.

**Merseburg.** Am 19. März fiel bei den Kämpfen in Halle a. d. S. der Kollege Walter Reil im Alter von 19 Jahren.

Chre ihrem Andenken!

**Die Woche vom 18. bis 24. April 1920 ist die 16. Vertragswoche.**

**Geld verdienst** schwer für benjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jeden, der Beschäftigungsleiter, ob im Hause oder als Nebenberuf, bei keinem kleinen Buchstabenpausen zur Entfernung von Brillant-Glasplatten sowie auch zur Herstellung von Plastalmaterialien aller Art zu senden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die sauberste Glas- und Plastalmaterialien herstellen. Besonders wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplastalmaterialien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmes sind. Diese Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 14 Doppelbuchstaben (des Alphabets 26 groß und 26 kleine Buchstabenpausen) in verschieden Schriftarten und in 6 verschiedenen Höhen von 1½ bis 8 cm sowie Sahlen, Ziffern und Versierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst festigen Schraffurhölzern in Werte von allein 8,50 M. einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanziehung. Preis der kostspieligen Serien nur 17 M. gegen Rücknahme, oder gegen Einsendung nur 18 M. Frankenzahlung. Albin Hutmacher, Stader, Kunden in Wittenberg.

**Gelehrter Herr Hutmacher.** Es ist wirklich eine Freude, mit Ihnen Buchstabenpausen zu arbeiten. Denn seitdem ich mit Ihren Buchstaben arbeite, werde ich von jedem gelebt über die Sauberkeit meines Schilder, und was die Aluminium-Brillantschilder übertrifft, und ich kann offen gestehen, daß diejenigen, was vorherige Wirtung erfordert, einfach großartig sind. Ich habe einige Probeschilder angefertigt und habe binnen einer Woche circa 20 Schilder im Auftrag. Ich spreche mir viel von diesen Schildern; dann kann man, was ja die Hauptarbeit ist, dieses Geld daran verdienen. Ich werde gern den wertvollen Artikel meinen Berufskollegen weiter empfehlen und schon hochachtungsvoll! G. Gieseke, Maler, Wallerstedt.

**Nußbaumleisten** halbrund, 17 mm, preiswert abzugeben. Burkart & Günther, Karosserie- und Metallwerke G. m. b. H., Hameln a. d. Weser.

Nr. 14 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.

## Filialangestellter gesucht!

Die aktive Dortmund sucht zum 1. Juli 1920 einen Geschäftsführer. Bewerber müssen 5 Jahre unter dem Verbande angehören, in Organisationen gelegenen im Industriegebiete: Lehrling bestimmt, jedoch höchstens 6 Jahre. Die Filiale mit großem aufzuwendendem Kapitalgebie: letzt zu tonnen. (Schreibmaschine „Ideal“). Die Bewerber müssen Angabe über Alter, Beruf und Beruf in die Organisation enthalten und die Aussicht „Bemerkung“ tragen. Ein kurzer handschriftlicher Zusatz über die Aufgaben eines Filialunternehmens ist erwünscht, nach dem Verbandsbüro in Essen, Grabenstraße 61, Mitteilung zu machen.

## Filialangestellter.

Die aktive Hamburg sucht zum sofortigen Eintritt: einen aktiven Filialangestellten, der teils Verkaufs-, teils Verwaltungsarbeiten zu erledigen. Geleistet wird auf eine organisatorisch wichtige Art. Jährliche Mitgliedschaft ist Bedingung. Bewerbungsschriften mit kurzgefasstem Lebenslauf sind bis spätestens zum 1. Mai einzureichen an die Direktion der Filiale: Hamburg, Gewerbehause, Fleischhauerstrasse 50, 2. Stock. Brunnen 10.

## Firnis,

Lack, Email, Schellack kaufen jeden Tag  
Handlung chemischer Produkte,  
Berlin 0 34.  
Wilhelmstraße 28,  
Königsstadt 7817.

## Streichbürsten

Pinself aller Art  
in Griebensqualität  
zu billigen Preisen liefern  
H. W. Witte, Berlin 5 59,  
Sichtstr. 2.

**Lasierungen**  
werden auf dem Grundiermittel Kronengrund  
vollständig gleichmäßig.

Lesen Sie das Handbuch „Neue ölfreie Grundiertechnik“ von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis 4,20 M. postfrei.

Zu beziehen durch den Verlag des „Vereins-Anzeiger“, Hamburg 25, Claus-Groth-Straße 1, oder das „Forschungs- und Lehrinstitut für ölfreie Grundiertechnik“, Paul Jaeger, Stuttgart 36, Paulinenstr. 5, oder jede Buchhandlung.

Verlag: C. Streine. Für die Redaktion verantwortlich: M. Marx. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Tuer & Co in Hamburg.